Anfrage öffentlich	Datum 06.12.2012	Nummer F0260/12
Absender **Fraktion DIE LINKE/Tierschutzpartei**		
Adressat Oberbürgermeister Herrn Dr. Lutz Trümper		
Gremium Stadtrat	Sitzungstermin 06.12.2012	

Kurztitel
Zunehmende Sanktionen gegen Hartz-IV-Empfänger/-innen auch in Magdeburg?

Zunehmende Sanktionen gegen Hartz-IV-Empfänger/-innen auch in Magdeburg?

Den Medien war kürzlich zu entnehmen, dass bundesweit ein Trend zu mehr Sanktionen gegen Hartz-IV-Empfänger/-innen zu verzeichnen ist. Die Gründe seien vielfältig, insbesondere Jugendliche seien betroffen, wird mitgeteilt.

Welche Rolle dies aktuell im Zuständigkeitsbereich des Jobcenters Magdeburg einnimmt, soll hier hinterfragt und bewertet werden.

Ich frage den Oberbürgermeister:

Wie stellt sich die Anzahl verhängter Sanktionen gegenüber Hartz-IV-Empfänger/-innen im Zuständigkeitsbereich des Jobcenters Magdeburg in den Jahren 2009 bis 2012 dar (bitte Angaben nach Sanktionsgründen und Jugendlichen sowie Allein erziehenden Müttern und Vätern differenzieren)? Welcher Trend zeichnet sich ab, was sind die Gründe hierfür? In wie vielen Fällen sind in der Bedarfsgemeinschaft lebende Kinder betroffen? Wie wird sichergestellt, dass solche Sanktionen nicht zu Lasten der Lebensgestaltung der Kinder führen?

Welche Erfahrungen macht der Leistungsträger mit diesem Instrument?
Wie ist es den Betroffenen möglich, bei Kürzung der ihnen zugestandenen Leistung dennoch den Lebensunterhalt zu meistern. Welche Probleme bringt das mit sich, wie beurteilen sie diese?

Wie hoch ist die Fehlerquote des Jobcenters bei verhängten Sanktionen?
Wie oft wird von den Leistungsempfängern Widerspruch eingelegt? Wie oft wird ihm statt gegeben?

Wie gewährt das Jobcenter den Leistungsempfängern alle notwendige Unterstützung bei der Wahrnehmung und Durchsetzung der Rechte der Leistungsempfänger/-innen?

Wie beurteilen Sie die Transparenz und Verständlichkeit offizieller Schreiben und Bescheide des Jobcenters? Auf welche Weise wird dies evaluiert?

Wie erfolgt in der Regel die Abrechnung der Mittagessenteilnahme von Kindern in MDer Schulen im Rahmen des BuT? Ist es richtig, dass es hierbei verstärkt Probleme bei der Abrechnung mit dem Essenanbieter an der GS Schmeilstraße gegeben haben soll, die in der Folge dazu führten, dass einige Kinder leider nicht an der Essenversorgung teilnehmen konnten, obwohl es Ihnen eigentlich zugestanden hätte? Wenn ja, was waren die konkreten Gründe? Wie kann eine solche Situation abgestellt bzw. vermieden werden?

Ich bitte um ausführliche schriftliche Stellungnahme.

Oliver Müller
Stadtrat